

# Samstags üben sie für den Guerillakrieg

In hohem Tempo baut die Ukraine eine Landwehr aus Freiwilligen auf, die im Kriegsfall die Städte gegen russische Soldaten verteidigen sollen. Was motiviert eine Marktforscherin und einen Architekten, sich regelmässig in Kampfmontur zu stürzen? Von Andreas Rüesch, Kiew

Eben noch herrschte winterliche Stille in dem Wald am Südrand von Kiew, doch nun ist der Teufel los: Schreie hallen durch das Gehölz, Bewaffnete rennen über den verschneiten Boden und beziehen Stellung hinter modernden Bäumen. Bald fallen die ersten Schüsse, zuerst wenige, dann ganze Salven. Aber das Gefecht dauert nur kurz, dann stehen die Kämpfer wieder auf und ziehen Bilanz über ihre Opfer.

Ums Leben gekommen ist niemand an diesem frostigen Morgen. Eingesetzt wurden Softair-Waffen, die nur Kunststoffkugeln verschossen – die Szene war Teil einer militärischen Übung. Aber ihr Hintergrund ist bitterer Ernst. Anfang Jahr ist in der Ukraine ein neues Gesetz über den «nationalen Widerstand» in Kraft getreten. Es sieht Planungen für eine Résistance-Bewegung im Falle einer Besetzung des Landes vor und die Bildung einer Landwehr aus Freiwilligen. Jede Provinz soll eine entsprechende Brigade aufstellen, um besser für einen Angriff aus Russland gerüstet zu sein.

## In der Krise nicht abseitsstehen

Die Männer und Frauen, die an diesem Morgen bäuchlings auf dem Waldboden liegen oder das Umzingeln eines feindlichen Spähtrupps üben, treffen sich schon länger – jeden Samstag für die praktische Ausbildung und oft am Donnerstagabend für Theoriekurse. «Für mich ist das eine Möglichkeit, in dieser schwierigen Situation nicht abseitsstehen zu müssen», sagt die 52-jährige Marianna Schaglo, die im zivilen Leben als Marktforscherin bei einer internationalen Firma arbeitet. Vor zwei Jahren hat sie einen Vertrag über ihren Beitritt zur lokalen Landwehrbrigade unterschrieben. Mit dem Militär hatte sie vorher nie zu tun. Ihr familiäres Umfeld reagierte zuerst verwundert, doch unterdessen erntet sie Respekt für ihren Entscheid.

Der Aufmarsch einer 130 000 Mann starken russischen Streitmacht entlang der ukrainischen Grenzen nährt die Befürchtungen, dass in den nächsten Wochen eine Katastrophe über das Land hereinbrechen könnte. Aber wie die meisten Ukrainer wirkt die Wochenendsoldatin Schaglo unverzagt. Sollte sie in ein Gefecht geraten, werde sie den Befehlen ihrer Vorgesetzten gehorchen, sagt sie lakonisch.

Schon in Friedenszeiten erfordert dieser Dienst eine erhebliche Opferbereitschaft. Wie viele ihrer Kameradinnen und Kameraden hat die Kiewerin ihre Ausrüstung selber finanziert. Dafür gehen schnell einmal umgerechnet tausend Franken drauf. So steht Schaglo da in einem sauberen Kampfanzug mit winterlichen Tarnfarben, mit Helm, kugelsicherer Weste, Übungswaffe, Funkgerät, Knieschonern und weiteren Accessoires.

Die Landwehr ist zwar ein Element der nationalen Streitkräfte, aber das bedeutet nicht, dass bei der Ausrüstung Verlass auf den Staat wäre. Aus dessen Arsenalen stammen allerdings die Kalaschnikows, Maschinengewehre oder Granatwerfer, an denen die Territorialverteidiger in separaten Kursen ausgebildet werden.

Eine Marktforscherin, ein Unternehmensberater, ein Architekt, ein Finanzfachmann, eine Ärztin, ein Physiotherapeut und viele mehr – es sind vor allem Angehörige des Mittelstandes, die an diesem Morgen in ihren geräumigen

Autos an den Stadtrand gefahren sind und nun auf Kommando der Instrukto-ren im Wald herumrennen. Wie ist dieses Engagement zu erklären?

«Es ist einfach nötig, unabdingbar», sagt der Journalist Anton Holoborodko, der an dem Anlass nicht als Reporter teilnimmt, sondern als wehrhafter Bürger in Kampfmontur. Theoretisch verfüge die Ukraine über eine riesige Reservistenarmee, aber in der Realität sei es längst nicht allen Mitgliedern möglich, jährlich an einem der vorgesehenen mehrwöchigen Wiederholungskurse teilzunehmen. Die Landwehr biete da eine gute Alternative, sagt der 32-Jährige. «Man kann, ohne aus dem zivilen Leben gerissen zu werden, regelmässig üben und in Form bleiben.» Zudem würden in den Kursen auch wertvolle Fähigkeiten fürs Leben vermittelt, zum Beispiel Teamführung.

Aber flösst die gegenwärtige Lage nicht Angst ein? «Ich fürchte nicht so sehr um mich als um meine Familie», sagt der Koordinator der 50-köpfigen Gruppe, Denis Semirog-Orlik. Wie die meisten in seiner Einheit begründet er sein Engagement mit der russischen Militärintervention seit 2014. Die Besetzung der Krim sei für ihn ein Wendepunkt gewesen. Sie habe seine Illusionen über den Nachbarn im Osten auf einen Schlag zum Platzen gebracht.

Militär, das war für ihn bis dahin etwas für Dummköpfe, doch die russische Aggression zwang ihn, die Dinge neu zu sehen. So wurde der stämmige Architekt, der seine Erzählung mit nicht zitierfähigen Witzen über die Russen und mit Fluchwörtern würzt, zum Teilzeitsoldaten und Unteroffizier. Freiwilliges Engagement ist für die Ukraine nicht etwas völlig Neues. Schon nach dem Kriegsausbruch vor acht Jahren waren es spontan entstandene Bürgermilizen, die Entscheidendes dazu beitrugen, den militärischen Zusammenbruch zu verhindern.

## Die Streitkräfte entlasten

«Schauen Sie, wir sind ein Land, das nach dem Prinzip der Selbsthilfe funktioniert», sagt der 46-jährige Semirog-Orlik. «Vom Staat etwas zu erwarten, hat keinen Sinn. Wenn er etwas tut, dann ist das eine angenehme Überraschung.» Daher würden sich die Leute selber organisieren, in allen gesellschaftlichen Bereichen.

Man mag einwenden, dass eine leichtbewaffnete Landwehr aus Wochenendsoldaten für eine hochgerüstete Armee wie die russische nur Kanonenfutter wäre. Ein bei der Übung anwesender pensionierter Offizier und Militärberater lässt zudem durchblicken, dass ihn der Ausbildungsstand nicht völlig zufriedenstellt. Aber die Motivation dieser Leute und ihre für die postsowjetische Welt ungewöhnliche staatsbürgerliche Haltung sind nicht zu unterschätzen. Die Landwehr, die auf 130 000 Männer und Frauen ausgelegt wird, heute aber erst einen Bruchteil davon umfasst, könnte die regulären Streitkräfte entlasten.

Sie kann einfachere Kampfeinsätze ausführen, Bewachungsaufgaben übernehmen und die Zivilbevölkerung unterstützen. Sie dürfte dank ihrer Verankerung in der Gesellschaft den Gedanken der Wehrhaftigkeit stärken. Ob diese Miliz im Falle einer Okkupation zum Kern einer Guerillaarmee würde, wie das manche Patrioten behaupten, ist hingegen schwierig zu sagen. Laut einer



Marianna Schaglo trifft sich seit zwei Jahren mit anderen Freiwilligen zu wöchentlichen Übungen.



Denis Semirog-Orlik (Mitte) bespricht eine geplante Übung mit seiner Landwehreinheit.

«Wir sind ein Land, das nach dem Prinzip der Selbsthilfe funktioniert. Vom Staat etwas zu erwarten, hat keinen Sinn.»

Denis Semirog-Orlik  
Architekt und  
Koordinator einer Landwehreinheit

im Dezember durchgeführten Umfrage eines Kiewer Meinungsforschungsinstituts äussert immerhin ein Drittel der ukrainischen Bevölkerung die Bereitschaft, bewaffneten Widerstand gegen eine russische Besetzung zu leisten.

Offen verkündet das Verteidigungsministerium, dass die Planung für eine nationale Widerstandsbewegung dazu beitragen solle, Russland die Risiken eines Einmarschs aufzuzeigen – und damit eine abschreckende Wirkung zu erzeugen. Simpler formuliert es ein für die Territorialverteidigung zuständiger Beamter: «Wenn die Russen kommen, werden wir sie nicht lebend hinauslassen.»

## Wo ist der nächste Schutzraum?

Trotz dem Selbstbehauptungswillen vieler Ukrainer beschleicht einen als Besucher zuweilen ein ungutes Gefühl. Medien veröffentlichen Ratschläge darüber, was beim Ertönen der Sirenen zu tun ist, was in einen Notkoffer gehört und wie man auf der Flucht am besten überlebt. Schulen rufen die Eltern auf, Vorräte an Trinkwasser in Flaschen zu spenden, damit die Kinder bei einem Bombenalarm lange genug im Keller ausharren können. Im Strassenbild sieht man manchmal die diskrete Aufschrift «Ukritytja» mit einem Pfeil – gemeint ist die Richtung zum nächsten Schutzraum.

Ja, wo wäre wohl im Ernstfall der nächste bombensichere Unterstand? Eine Karte im Internet gibt Auskunft über Tausende von Anlagen in Kiew. Aber ein paar Stichproben tragen nicht unbedingt zur Beruhigung bei. An der ersten Adresse, in einem dunklen Hinterhof, findet sich an einem vergitterten Eingang zwar tatsächlich ein Schild

mit dem Hinweis auf einen Luftschutzbunker und einer Telefonnummer, über die man den Schlüssel erhalten könnte. Aber die Treppe ins Untergeschoss ist mit Bauabfällen halb verschüttet.

An den nächsten beiden Adressen fehlt jede Information an den verschlossenen Kellertüren – es bleibt die Hoffnung, dass hier ein pflichtbewusster Hauswart im Ernstfall den Zugang öffnet. Die vierte Stichprobe führt zu einem vollbesetzten italienischen Restaurant, das sich in einem Kellergeschoss eingerichtet hat. Hier müsste man sich zwar keine Sorgen um Notproviand machen, aber mit all den Gästen würde es wohl rasch etwas eng.

Roman Tkatschuk, der Leiter des Sicherheitsdepartements und oberste Zivilschutz-Verantwortliche in der Stadtverwaltung von Kiew, räumt ein, dass die Umnutzung von offiziellen Schutzräumen durch private Geschäfte problematisch ist. Nach dem Ende der Sowjetzeit habe man dies zugelassen, nun überprüfe man solche Objekte regelmässig auf ihre Tauglichkeit. Im Kern des städtischen Schutzkonzepts stehen 4500 Anlagen mit «Doppelfunktion» – von Parkgaragen bis Striplokale.

Auch die Stationen der Metro sind als bombensichere Unterstände eingepflanzt, wie der grimmig dreinblickende Chefbeamte darlegt. Offiziell soll es für fast alle der schätzungsweise 3,7 Millionen Einwohner einen Schutzplatz geben. Aber in der Praxis wäre dies laut Tkatschuk gar nicht nötig. Denn im Kriegsfall sei vorgesehen, die Stadt weitgehend zu evakuieren und die Bevölkerung in andere Landesteile zu bringen.

Nüchtern legt der Technokrat das städtische Schutzkonzept dar – die mit



Anton Holoborodko ist im zivilen Leben Moderator eines Youtube-Kanals.

BILDER SEAN GALLUP / GETTY

solchen Szenarien verbundenen Tragödien, den Horror unter dem Bombenhagel oder das Flüchtlingsleid muss man sich selber ausmalen. In Fahrt gerät Tkatschuk erst, als er über sein persönliches Verhältnis zum Konflikt mit Russland zu erzählen beginnt. Er stammt aus dem ostukrainischen Donbass, wo sein Vater einst in der kommunistischen Hierarchie hohe Ämter ausübte. Noch heute ist nach ihm eine Kohlemine bei Donezk benannt. Aber seit der von Moskau eingefädelten Sezession der prorussischen «Volksrepubliken» im Donbass kann Tkatschuk junior nicht an seinen Geburtsort zurückkehren.

#### Zerrissene Bande zum Donbass

Mit den dort verbliebenen Verwandten habe er sich völlig zerstritten: «Sie halten mich für einen Verräter, ich betrachte sie als Verräter.» Doch mit einem Bürgerkrieg habe der dortige Konflikt nichts zu tun, betont er, es handle sich um eine Aggression Russlands. «Niemand hat im 21. Jahrhundert das Recht, zu kommen und uns irgendwelche Stücke unseres Territoriums zu entreissen», ruft Tkatschuk aus. Mit derselben Einstellung könnte die Ukraine Ansprüche an süd-russische Gebiete stellen, die historisch von ukrainischsprachigen Kosaken besiedelt gewesen seien.

Wie viele Ukrainer wirkt Tkatschuk irritiert darüber, dass der Westen von Kriegsgefahr spricht, während sein Land in Wirklichkeit schon seit acht Jahren im Krieg mit Russland steht. Der Vorwurf ist insofern berechtigt, als der schwelende Konflikt im Donbass mit 14 000 Toten im übrigen Europa jahrelang weitgehend ausgeblendet wurde.

«Niemand hat im 21. Jahrhundert das Recht, zu kommen und uns Stücke unseres Territoriums zu entreissen.»

Roman Tkatschuk  
Zivilschutz-Verantwortlicher  
von Kiew

Aber die Neigung in Kiew, die jetzige Eskalation als Teil des Alltags zu verharmlosen, wirkt ebenfalls eigenartig. Diese Haltung ist bis hinauf zu Präsident Wolodimir Selenski zu spüren. Der Staatschef rief die Bevölkerung vergangene Woche auf, Ruhe zu bewahren. Die Lage sei nicht gespannter als vor einem Jahr. Der Einschätzung seines amerikanischen Amtskollegen Joe Biden, dass ein russischer Angriff unmittelbar drohe, widersprach er öffentlich.

Ob Selenski damit die richtige Balance findet zwischen der Vermeidung von Panik und genügender Vorwarnung der Bevölkerung, ist fraglich. Falls der Kreml seine rund um die Ukraine versammelte Kriegsmaschinerie in Gang setzte, wäre dies eine Katastrophe, die den Konflikt im Donbass in den Schatten stellen und den jungen Staat auf eine schwere Probe stellen würde. Russland würde sich nicht mehr hinter Separatisten verstecken, sondern offen intervenieren. Aus dem Tschetschenienkrieg oder dem Militäreinsatz in Syrien ist bekannt, was dies bedeuten kann: rücksichtsloser Raketen- und Artilleriebeschuss von Wohngebieten, sogar gezielte Bombardierung von Spitälern.

Dieser Realität ist sich die Regierung wohl teilweise bewusst. Denn im Widerspruch zu ihren öffentlichen Beschwichtigungen ruft sie geradezu flehentlich nach ausländischen Waffen, um sich besser gegen eine Invasion wappnen zu können. Solche Waffen, aber auch Freiwilligenverbände wie jener in Kiew können das Ungleichgewicht nicht beheben – für die Ukraine bleibt höchstens die Hoffnung, dass sie den Preis einer Invasion für einen kühl rechnenden Machtpolitiker wie Putin genügend hoch treiben.

## Mario Draghi drückt bei Reformen aufs Tempo

Italiens Regierungschef läuft die Zeit davon

LUZI BERNET, ROM

21 Salutschüsse vom Gianicolo, einem der grünen Hügel Roms, werden am Donnerstagnachmittag verkünden: Sergio Mattarella ist zurück im Quirinalspalast, dem Sitz des Staatspräsidenten. Für die meisten Italienerinnen und Italiener sind das gute Nachrichten. Sie freuen sich über die Stabilität an der Spitze des Staates.

Die feierliche Amtseinsetzung diesen Donnerstag setzt den Schlusspunkt hinter eine turbulente Phase der italienischen Politik. Während Wochen drehte sich das römische Polit-Karussell, es wurde taktiert, gestritten, polemisiert – kein besonders erbaulicher Anblick angesichts der zahlreichen Probleme, denen sich das Land eigentlich zuwenden müsste. Der 80-jährige Mattarella, der sich ja aus der Politik hatte zurückziehen wollen, steht nicht nur für Ruhe und Besonnenheit, sondern auch für die Fortsetzung der bisherigen, erfolgreichen Zusammenarbeit mit Ministerpräsident Mario Draghi.

#### Der Trumpf des Antipolitikers

Dieser macht seinerseits nicht den Eindruck, als lasse er sich von den Streitereien der Parteien allzu stark beeindrucken. Im Gegenteil: Der Regierungschef gibt sich betont geschäftsmässig. Bereits zweimal hat er seit Anfang Woche seine Minister zu Regierungssitzungen in den Palazzo Chigi beordert, dazwischen hat er mit Wladimir Putin telefoniert, um die Ukraine-Krise zu besprechen und um Garantien für die Lieferung von russischem Gas zu erhalten. Es scheint, als wolle Draghi dem Publikum beweisen, dass er weiterhin voll handlungsfähig und gewillt ist, Phase zwei des «Draghismo» einzuläuten, wie die Medien hier seine nüchterne und zielgerichtete Art des Regierens beschreiben.

Zuletzt hatte es Zweifel daran gegeben, ob der frühere Präsident der Europäischen Zentralbank noch in der Lage sei, die Regierungsgeschäfte in Rom kraftvoll weiterzuführen. Denn Mario Draghi war – wenn auch unausgesprochen – selbst Kandidat für das Amt des Staatspräsidenten, blieb aber ohne jede Chance. Manche Beobachter interpretierten dies als eine Demütigung und eklatante Schwächung des Regierungschefs.

Plausibler erscheint jedoch die Auffassung, dass Draghi eher gestärkt aus der Ausmarchung hervorgeht – mindestens für den Moment. Die Chefs der Parteien haben sich im Zug der Präsidentschaftswahlen öffentlich als unfähig erwiesen, konstruktiv zu politisieren. Das rechte Lager, der «Centrodestra» um Lega-Chef Matteo Salvini, ist regelrecht implodiert. Aber auch auf der Linken und vor allem bei den Cinque Stelle fliegen die Fetzen. Alles ist unberechenbar geworden, keiner traut dem anderen über den Weg. Mit Blick auf die Wahlen vom nächsten Jahr müssen sich die Parteien und die politischen Lager erst wieder neu erfinden. Demgegenüber erscheint Draghi in umso hellerem Licht. Er bleibt gleichsam der Antipolitiker.

#### Gnadenloser Takt

Das gibt ihm neue Freiheiten, die er rasch nutzen muss. Im Zweifelsfall könnte er wie bereits im letzten Jahr jeweils die Vertrauensfrage stellen und das Regierungslager so disziplinieren und auf Kurs bringen. Niemand, ausser vielleicht die Rechtsausen-Politikerin Giorgia Meloni von den Fratelli d'Italia, hat derzeit Interesse an Neuwahlen.

Doch die Zeit, die Draghi bleibt, ist knapp. Zum einen, weil niemand weiss, ob sich die Streitereien der Parteien nicht vielleicht eines Tages doch destabilisierend auf seine Regierung auswirken werden. Zum anderen, weil besonders der grosse Reform- und Aufbauplan und die damit verknüpften EU-Milliarden Italien einen harten Takt vorgeben. Bis am 30. Juni 2022 müssen die Ministerien 45 konkrete Reformziele erreicht haben, damit die zweite Tranche der europäischen Unterstützungsgelder in der Höhe von 24,1 Milliarden Euro gesprochen wird. Bis Ende Dezember wiederum müssen weitere 55 Ziele erreicht sein für die Freigabe der dritten Rate (21,8 Milliarden Euro). Bis Mitte 2023 geht es weiter in diesem Tempo. Im Grunde handelt es sich um eine Total-sanierung des italienischen Staates.

Draghi weiss, dass dieser Weg sehr anspruchsvoll ist. Deshalb hat er am Montag seinen Ministern eine Frist von 48 Stunden gesetzt, damit sie ihm aufzeigen, wo sie mit der Umsetzung der bisherigen Reformschritte stehen. «Super Mario» will es jetzt ganz offensichtlich noch einmal wissen.

#### IN KÜRZE

##### Die USA verlegen Soldaten nach Osteuropa

A. R. · Nach Angaben des Pentagons verlegen die USA in den kommenden Tagen 2700 Militärangehörige nach Osteuropa. 1000 von ihnen würden von einem amerikanischen Stützpunkt in Deutschland nach Rumänien verschoben, weitere 1700 aus den USA direkt nach Polen. Bis jetzt umfasste die amerikanische Präsenz in Osteuropa knapp 5000 Militärangehörige. Die USA wollen mit der Aufstockung das Bekenntnis zu ihren Bündnispflichten innerhalb der Nato bekräftigen. Wegen der Krise durch den russischen Truppenaufmarsch nahe der Grenze zur Ukraine wächst die Besorgnis der osteuropäischen Nato-Mitglieder. Polen grenzt direkt an Russland, Rumänien hat seit der Annexion der Krim faktisch eine Seegrenze mit Russland. Die Truppenverlegung fällt jedoch geringer als erwartet aus. Vergangene Woche hatte das Pentagon 8500 Militärangehörige in den USA in Bereitschaft für einen Einsatz versetzt.

##### Zwölf Flüchtlinge erfrieren an der EU-Aussengrenze

(dpa) · An der türkisch-griechischen Grenze sind laut dem türkischen Innen-

minister zwölf Flüchtlinge erfroren. Süleyman Soyulu teilte am Mittwoch Bilder der mutmasslichen Leichen auf Twitter und schrieb dazu, die EU sei unheilbar, schwach und inhuman. Er warf den griechischen Grenzern vor, die Menschen entkleidet und zurück in die Türkei gedrängt zu haben. Ob die Bilder authentisch sind, war zunächst nicht klar. Der griechische Migrationsminister Notis Mitarakis bezeichnete die Vorwürfe als falsch und reine Propaganda.

##### Söder sichert Merz seine Unterstützung zu

(dpa) · Der deutsche CSU-Chef Markus Söder hat dem neuen CDU-Chef Friedrich Merz eine enge Zusammenarbeit zugesichert und sich hinter dessen Entscheidung gestellt, den Vorsitz der Unionsfraktion im Bundestag zu übernehmen. «Das Jahr 2021 wird und soll sich nicht wiederholen», versicherte der bayrische Ministerpräsident bei der zweitägigen Winterklausur der CSU-Landesgruppe in Berlin. Im Bundestagswahlkampf hatte es Sticheleien Söders gegen den damaligen CDU-Vorsitzenden und später gescheiterten Unions-Kanzlerkandidaten Armin Laschet gegeben. Söder betonte nun, für ihn sei klar gewesen, dass die Ämter des Fraktions- und des Parteivorsitzenden am besten in einer Hand sein sollten. Klar sei auch, «dass ein Parteivorsitzender das natürliche Zugriffsrecht hat».